



Dr. Stefan Kaufmann

03/2014
24.02.2014

Brief aus Berlin

CDU

Liebe Leserinnen und Leser,

der Beginn unserer Arbeit in der Großen Koalition wird durch die Vorgänge rund um Sebastian Edathy nicht unerheblich belastet. Das Vertrauen kann aber wieder hergestellt werden. Ich bin froh, dass der Innenausschuss letzte Woche bereits einige offene Fragen klären konnte. Der Ball liegt aber ganz klar im Feld der SPD. Wer dort wie mit seinem vertraulich erlangten Wissen umgegangen ist, können nur die Kollegen selbst beantworten. Grenzwertig ist aber auch das Verhalten der Staatsanwaltschaft Hannover, das über das notwendige Maß an Transparenz hinaus von einer gewissen Geschwätzigkeit geprägt ist.

Erfreulicher verläuft die Arbeit im Fachausschuss. Die Aufgaben sind verteilt. Ich werde weiter für die Bereiche Studienfinanzierung und Europäische Bildungs- und Forschungszusammenarbeit zuständig sein. Hinzu kommt die ressortübergreifende Innovationpolitik – und damit insbesondere die Hightech-Strategie, die wir weiterentwickeln wollen. Dabei sollen vor allem auch die kleinen und mittelständischen Unternehmen in den Blick genommen werden. Dieses Thema verknüpft sich ideal mit der Europäischen Forschungsförderungs- und Innovationspolitik im neuen Programm „Horizon 2020“, für das ich ebenfalls Berichterstatter bin. Arbeit für unsere Zukunft. Ich freue mich darauf!

In diesem Sinne grüßt Sie herzlich

Ihr

Impressum:

Dr. Stefan Kaufmann MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030/227-72494

Fax: 030/227-76228

www.stefan-kaufmann.de

E-Mail:

stefan.kaufmann@bundestag.de

Der Fall Edathy und die Lage der Koalition



Großes Medienaufgebot am Rande der Sitzung des Innenausschusses am Mittwochvormittag.

Berlin – Eines der bundespolitischen Hauptthemen der vergangenen zwei Wochen war der Fall des ehemaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Sebastian Edathy und seine Folgen. Insbesondere durch das Verhalten der SPD in Folge des Bekanntwerdens der Vorwürfe ist die Koalition in einer schwierigen Lage. Unser Vorsitzender Volker Kauder hat in der Fraktionssitzung deutlich gemacht, wie bitter es ist, dass das

Verhalten der SPD zum Rücktritt von Bundesminister Hans-Peter Friedrich geführt hat. In der Sitzung haben wir Hans-Peter Friedrich für seine Arbeit gedankt. Ich selbst habe in einem Interview mit SWR 4 deutlich gemacht, dass es wichtig ist, dass die im Raum stehenden Fragen von der SPD rasch und umfassend beantwortet und Widersprüche aufgeklärt werden. Dies ist in einer aktuellen Stunde zum Fall Edathy am Mittwoch im Plenum noch einmal von den Rednern meiner Fraktion unterstrichen worden. Insbesondere das Telefonat zwischen dem damaligen Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer und heutigen Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Thomas Oppermann mit dem Präsidenten des Bundes-

kriminalamtles wirft Fragen auf. Unter anderem mit dieser Frage hat sich auch eine von großem Medieninteresse begleitete Sitzung des Innenausschusses am Mittwoch beschäftigt. Bei aller berechtigten Aufregung in der Sache ist mir wichtig, dass wir nun unsere Sacharbeit fortsetzen. Wir stehen als Regierungskoalition in der Verantwortung für unser Land und vor großen Herausforderungen, zum Beispiel in Europa. Mit Blick auf den Fall Edathy sollten wir zudem genau prüfen, ob der gewerbsmäßige Handel mit Nacktbildern von Kindern und Jugendlichen unter Strafe gestellt werden kann. Diese Debatte sollten wir ruhig, sachlich und losgelöst vom vorliegenden konkreten Einzelfall führen.

Plenarrede zum Bafög – Reform mit Augenmaß kommt



Berlin – In der vorvergangenen Woche habe ich in der Kernzeitdebatte eine Rede zur Reform des BaföGs gehalten. Dabei haben wir uns einen mitunter recht heftigen Schlagabtausch mit der Opposition geliefert. Insbesondere die Linke wollte es sich wieder einmal besonders einfach machen und forderte eine sofortige zehnprozentige Bafög-Erhöhung, rückzahlungsfreie Vollzuschüsse und vieles mehr, was etwa 3 Milliarden Euro kosten würde. Bezahlen soll dies nach Ansicht der Opposition der Bund allein. Dabei ist das Bafög seit der Entstehung vor über 40 Jahren eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern (Bund: 65%; Länder: 35%). Es ist aus meiner Sicht völlig un-

verständlich, die Länder aus der Mitfinanzierungsverantwortung für die Studierenden in Deutschland zu entlassen. Ich denke nur an die Aussagen des grünen Ministerpräsidenten Kretschmann, wonach der Bund den Ländern das Geld einfach überlassen soll, es ihm aber so fern wie der Mond liege, dass der Bund über diese Gelder auch mitentscheiden kann. Wie kann man so eine Haltung als Bundestagsabgeordneter unterstützen? Zumal die Länder nach dem aktuellen Monatsbericht des Bundesfinanzministeriums im Jahr 2013 mit einem nahezu ausgeglichenen Ergebnis abgeschlossen haben: einem Finanzierungsdefizit von einer halben Milliarde Euro. Der Bund hat dagegen immer noch 22 Milliarden Euro Schulden gemacht. Und – das wird gerne vergessen – auch für den Bund gilt die Schuldenbremse. Wie wollen wir denn je einen ausgeglichenen Haushalt erreichen, wenn die Op-

position den Ländern einfach das Geld überlassen will? Mit einem Zitat von Konrad Adenauer habe ich das passend kommentiert: „Alles, was die Sozialisten von Geld verstehen ist die Tatsache, dass sie es von anderen haben wollen.“ Tatsächlich haben wir beim Bafög bereits viel erreicht. So sind allein von 2010 bis 2012 die Ausgaben um 0,5 Milliarden Euro auf 3,34 Milliarden gestiegen. Es muss jetzt um strukturelle Reformen gehen, wie etwa eine bessere Förderung beim Übergang vom Bachelor zum Master oder einer besseren Förderung von Studierenden mit Kindern. Ich werbe für eine Bafög-Reform und dafür, dass die Länder sich ihrer hochschulpolitischen Verantwortung stellen. Dann können wir auch schnell und konstruktiv eine Bafög-Reform angehen.

Meinen Redebeitrag können Sie hier als Video abrufen:
<http://dbtg.tv/fvid/3129086>

Brief aus Berlin

Novellierung des Abgeordnetenrechts

Berlin – Ein Thema, das in der Öffentlichkeit für Zündstoff und angeregte Diskussion gesorgt hat, ist die von den Koalitionsfraktionen in der vorvergangenen Woche vorgeschlagene Änderung des Abgeordnetenrechts und die in diesem Zusammenhang vorgesehene Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung. Bereits in der abgelaufenen Wahlperiode wurde dieses Thema debattiert und eine unabhängige Kommission eingesetzt, deren Vorschläge seit einem Jahr vorliegen und nun umgesetzt werden sollen. Im Fokus der öffentlichen Debatte steht vor allem das Thema Entschädigung. Hier wird den Parlamentariern, die diese Fragen selbst per Gesetz regeln müssen, mitunter „Selbstbedienungsmentalität“ unterstellt. Um diesen Vorwurf auszuräumen wird aufbauend

auf den Vorschlägen der unabhängigen Kommission eine Systemumstellung erfolgen. Demnach soll sich die Höhe der Entschädigung bereits seit 1995 an der Besoldung von Richtern an obersten Bundesgerichten orientieren. Dieser Orientierungspunkt wurde nie erreicht, von der unabhängigen Kommission aber erneut als angemessen bestätigt, da die Tätigkeit eines Abgeordneten als am ehesten mit der eines Bundesrichters – oder auch eines Landrates oder Bürgermeisters einer mittelgroßen Stadt, die ähnlich wie Bundesrichter besoldet werden – vergleichbar angesehen wird. Was ist nun vorgesehen? Um die Annäherung an die Ausgangsgröße der Besoldung eines obersten Bundesrichters zu erreichen, soll die Entschädigung in zwei Schritten zum 1. Juli 2014 und zum 1. Januar

2015 angepasst werden. Danach würden die Diäten zum 1. Juli von aktuell 8.252,00 Euro auf 8.667,00 Euro und zum 1. Januar 2015 auf dann 9.082,00 Euro angehoben. Nach dieser Anpassung wird eine Änderung der Diäten nur noch entsprechend der Entwicklung des Nominallohnindexes erfolgen. Zudem wurden Einschränkungen bei der Altersversorgung beschlossen. Neben diesen Änderungen am Abgeordnetenrecht wurde von der Koalition auch ein Gesetzentwurf gegen die Abgeordnetenbestechung und –bestechlichkeit eingebracht. Damit wird die auch von Deutschland unterzeichnete UN-Konvention gegen Korruption umgesetzt. Die von der Opposition und in der Öffentlichkeit geäußerte Kritik insbesondere an den Plänen zur Erhöhung der Diäten kann ich gut verstehen. Gleichzei-

tig ist mein Eindruck, dass eine angemessene Entschädigung von Abgeordneten, die eine unabhängige Mandatsausübung ohne Ansehen der vorherigen Tätigkeit und bestehender finanzieller Verhältnisse sichert, als demokratische Errungenschaft in unserer Gesellschaft anerkannt wird. Die Orientierung an der Besoldung eines Richters an einem obersten Bundesgericht halte ich für grundsätzlich angemessen. Doch wäre es nicht zuletzt mit Blick auf die öffentliche Wirkung, die diese deutliche Anhebung zur Erreichung der Bezugsgröße mit sich bringt, überlegenswert gewesen, die Diätenanpassung über die Dauer der Wahlperiode zu strecken. Ein ‚Nein‘ bei der Abstimmung, um am Ende dank unserer Mehrheit doch von der Erhöhung zu profitieren, erschien mir aber unaufrichtig.

Wissenschaftsjahr 2014: Die digitale Gesellschaft

Eine Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung



Berlin – Am vergangenen Mittwoch wurde im Berliner Museum für Kommunikation das Wissenschaftsjahr 2014 eröffnet. Es widmet sich der digitalen Gesellschaft und greift damit ein Thema auf, das uns in fast allen Lebensbereichen betrifft. Smartphones, Tablet-PCs, Cloud-Computing – oder, wenn wir an unseren Automobilstandort

Stuttgart denken: vernetzte Autos – verändern unseren Alltag. Digitale Technologien haben einen immer weiter zunehmenden Einfluss auf unser Leben und Arbeiten, sie durchdringen unseren Alltag und bieten eine Vielzahl neuer Möglichkeiten. Das Wissenschaftsjahr stellt den direkten Dialog zwischen Bürgern und Wissenschaftlern vor Ort in den Vordergrund. Es soll aufzeigen helfen, wie Wissenschaft und Forschung den digitalen Umbruch mit neuen Lösungen vorantreiben, und widmet sich

den Auswirkungen der digitalen Revolution. Ich freue mich über dieses klug ausgewählte Thema und bin gespannt auf die zahlreichen Veranstaltungen in der gesamten Republik, die von zahlreichen Akteuren aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft mit eigenen Aktivitäten unterstützt werden. Mit der Einsetzung des ständigen Ausschusses „Digitale Agenda“ hat der Bundestag in der letzten Sitzungswoche eine parlamenta-

rische Plattform zur Begleitung und Mitgestaltung der digitalen Gesellschaft geschaffen.



Designforscherin und Netzpolitikerin Prof. Gesche Joost im Gespräch mit Moderator Jörg Thadeusz bei der Eröffnungsveranstaltung im Museum für Kommunikation.

Weitere Informationen zum Wissenschaftsjahr 2014 finden Sie hier: www.digital-ist.de

Interview zum Bildungsplan-Entwurf der Landesregierung

Zur Debatte um den Bildungsplan, die uns in den letzten Wochen sehr bewegt hat, habe ich der SÜDWEST PRESSE aus Ulm ein längeres Interview gegeben. Sie finden es hier: <http://tinyurl.com/ps5fah8>

Brief aus Berlin



Kuratorium Magnus-Hirschfeld-Stiftung

Berlin – Der Bundestag hat mich am Donnerstag auf Vorschlag meiner Fraktion erneut als Mitglied in das Kuratorium der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld gewählt. Diesem Gremium gehöre ich bereits seit Errichtung der Stiftung im Jahr 2011 an. Die Stiftung hat zum Ziel, an den Wissenschaftler Magnus Hirschfeld zu erinnern, Bildungs- und Forschungsprojekte zu fördern und einer gesellschaftlichen Diskriminierung von Homosexuellen in Deutschland entgegenzuwirken. Die Stiftung will dabei die Akzeptanz von Menschen mit einer nicht-heterosexuellen Orientierung in der Gesellschaft insgesamt fördern; gleiches



gilt für Menschen, die sich nicht ausschließlich als Mann oder Frau definieren. Im Stiftungskuratorium überwache ich gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen die Arbeit des Vorstands. Zudem fassen wir die für die Arbeit der Stiftung wesentlichen Beschlüsse, zum Beispiel über die Bildungs- und Forschungsarbeit, die Vergabe von Forschungsaufträgen oder Haushalts- und Personalangelegenheiten. Ich freue mich, auch weiterhin daran mitarbeiten zu dürfen, dass die Stiftung ihre wichtige Arbeit erfolgreich und wirkungsvoll fortsetzen kann.

Weitere Informationen zur Bundesstiftung Magnus Hirschfeld und ihrer Arbeit finden Sie unter folgendem Link:
www.mh-stiftung.de

Besuch der JU Region Stuttgart in Berlin



Mit der Vorsitzenden der Jungen Union Region Stuttgart Natalie Pfau und weiteren Vorstandsmitgliedern im Paul-Löbe-Haus des Bundestages in Berlin.

Berlin – In der vorletzten Woche haben mich Mitglieder des Vorstandes der Jungen Union Region Stuttgart mit ihrer Vorsitzenden Natalie Pfau im Paul-Löbe-Haus des Bundestages in Berlin besucht. Als Teil einer dreitägigen Reise des JU-Regionalvorstandes haben wir lebhaft über Themen wie zum Beispiel die Regional- und Kom-

munalwahl, europäische Forschungsförderung oder auch die Entschädigung von Abgeordneten diskutiert. Ich finde es klasse, was für engagierte junge Menschen wir in der Union haben und freue mich darauf, gemeinsam im Kommunal- und Europawahlkampf für unsere Positionen und eine starke CDU zu werben.

Gespräch mit dem Präsidenten der DFG



Mit Prof. Dr. Peter Strohschneider, Präsident der DFG, im Reichstagsgebäude

Berlin – In der letzten Sitzungswoche habe ich mich mit Prof. Dr. Peter Strohschneider, dem

neuen Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft, zu einem Gespräch getroffen. Dabei waren wir uns einig, dass Forschung und Wissenschaft in Deutschland auf einem guten Weg sind. Allerdings gibt es auch die eine oder andere Herausforderung, die wir gemeinsam angehen müssen, um Deutschland in der Wissenschaft noch besser aufzustellen!



Die DFG (Deutsche Forschungsgemeinschaft) ist die Selbstverwaltungsorganisation der Wissenschaft in Deutschland mit einem jährlichen Etat von ca. 2,5 Milliarden Euro. Die Kernaufgabe der DFG besteht in der wettbewerblichen Auswahl der besten Forschungsvorhaben von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern an Hochschulen und Forschungsinstituten und in deren Finanzierung.

Besuch des ZSW – Ideen zur Energiewende



Zusammen mit Dr. Michael Specht und Prof. Dr. Frithjof Staiß (von links) im ZSW in Stuttgart-Vaihingen

Stuttgart – Ende Januar habe ich das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW) besucht. Das Institut hält mit einem Wirkungsgrad von rund 20% nicht nur den Weltrekord bei Dünnschicht-Photovoltaikzellen, sondern ist mittlerweile weltweit führend bei der Power-to-Gas Technologie.

Hier wird CO₂ aus erneuerbaren Energien in Methan umgewandelt und kann auf diese Weise besser gespeichert werden. Dies ist möglich, weil das deutsche Gasnetz ausreichend Speicherkapazität besitzt. So könnte auf den Bau von Stromleitungen und –speichern verzichtet werden. Zwar gibt es momentan noch relativ hohe Verluste beim Wirkungsgrad, dennoch ist es gerade einer der vielversprechendsten Innovationen, die von einem breiten Netzwerk vorangetrieben wird. Allerdings hindert derzeit vor allem die hohe EEG-Umlage die Markteinführung, da die Anlagen als Letztverbraucher eingestuft werden und nicht als Energiewandler.

Von Schülerinnen interviewt



Stuttgart – Im Rahmen des Seminarkurses zum Thema „Bürger in Europa“ am Geschwister-Scholl-Gymnasium in Stuttgart-Sillenbuch

haben mich die Schülerinnen Christine Bühler und Christiane Hild zum Thema „Armut“ interviewt. Das Interview fand im Rahmen des europäischen Wettbewerbs „Education Equality“ statt, dessen Kernthema bessere Bildungschancen in Europa sind. Vielen Dank für das gute Gespräch und die innovativen Ideen. Es hat Spaß gemacht!